

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3,50, vierteljährlich 10,50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10,50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezellen 1,25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.



Nummer 78

Wildbad, Mittwoch, den 7. April 1920.

54. Jahrgang.

Verarmung durch den Flottenverlust.

Nach dem Friedensvertrag hatten wir bis zum 10. März 1920 den Rest unserer Schiffe über 1600 Tonnen abgeliefert; die Hälfte der Fahrzeuge zwischen 1000 und 1600 Tonnen muß demnächst folgen. Der Frachtraum der deutschen Handelsflotte betrug Ende 1913 5,24 Millionen Bruttoregistertonnen; nach Ausführung des Friedensvertrags würde uns annähernd eine halbe Million Bruttoregistertonnen bleiben, und zwar in Schiffen, die zumeist nur für Fahrten bis Spanien in Betracht kommen. Was das bedeutet, erhellt aus folgenden Zahlen, die wir der „Köln. Ztg.“ entnehmen:

Im Jahre 1913 betrug unsere gesamte Erzzufuhr von Uebersee etwa über 12 Millionen Tonnen, darunter waren 8,6 Millionen Tonnen Eisenerze aus Schweden, Spanien und Argier. Rechnet man — nach Lostrennung der lothringisch-luxemburgischen Erzgebiete aus dem deutschen Zollverband — für eine wesentlich verkleinerte deutsche Eisenindustrie auch nur noch mit drei Millionen Tonnen jährlicher Erzeinfuhr aus dem nahen Schweden, so würden allein dafür 300.000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum nötig sein. Es ist kaum im Inland, viel weniger im Ausland bekannt, daß unsere Seeschifffahrt ihren Umfang nach nicht einmal im Frieden ausreichte, um das Bedürfnis unserer Gesamtwirtschaft zu decken. Einem Ueberseeverkehr der deutschen Kauffahrtschiffe von 47,9 Millionen Bruttoregistertonnen stand damals ein Bedarf der deutschen Wirtschaft von 53 1/2 Millionen Bruttoregistertonnen gegenüber. Die Waren, die wir brauchten, kamen überwiegend von fremden Küsten oder gar andern Erdteilen. Deshalb war trotz unserer geographischen Lage im Herzen Europas unsere Warenzufuhr gerade zur See so verhältnismäßig überragend. Es ergibt sich eine Durchschnittseinfuhr von 68,4 v. H. für den Seeweg und 31,6 v. H. für den Landweg.

Gegenwart und sichtbare Zukunft zeigen ein anderes Bild. Unser Land ist kleiner, wir sind ärmer geworden. Wir müssen uns einschränken an allen Ecken und Enden. Die Einfuhr würde sich erstrecken auf 1 1/2 Millionen Tonnen Broitfrucht, 400.000 Tonnen Fleisch, Speck und Speisefett, 1 Million Tonnen Desfrüchte, 600.000 Tonnen Fische und Fischmehl, 1 Million Tonnen Mais, zusammen 4 1/2 Millionen Tonnen. In jedem Belang richtiger und wünschenswerter wäre statt dessen die Einfuhr von Korn (statt des teuren Wehls) und von großen Futtermengen (statt Fettwaren). Aber dazu bedürfte es eines doppelt so großen Frachtraums. Bei der Einfuhr von Düngemitteln wird nur mit 300.000 Tonnen Kophosphat gerechnet; mehr würden in Uebersee nicht verfügbar sein; der Bedarf der Landwirtschaft des kleinen Deutschlands wird auf vierfache beziffert. Kohlen können wir nicht einführen, das verbietet unsere Zahlungsbilanz. Der dringendste Bedarf an Mineralölen (Friedensverbrauch 1 1/2 Millionen Tonnen) ist für unsere so viel kleinere Industrie mit 500.000 Tonnen eingeseht worden. Bei Erzen und Metallen wird davon ausgegangen, daß wir aus Lothringen und Luxemburg (woher an das übrige Deutschland in 1913 rund 10 Millionen Tonnen kamen) auch weiterhin etwa beliebert werden. Oben ist derartig gerechnet, daß wir daneben 4 1/2 Millionen Tonnen Eisenerze aus Schweden und Spanien beziehen (im Frieden 8,6 Millionen Tonnen). Daneben wurde mit 950.000 Tonnen Aufküssen in Kupfer, Zinn, Antimon und sonstigen Metallen und Erzen gerechnet, darunter 350.000 Tonnen Schwefelkies für die Phosphat- und chemische Industrie. Auch das Material war und ist nur auf dem Seeweg erreichbar. In Holz betrug unsere Einfuhr im Frieden 15.000.000 Festmeter, darunter kamen 6 1/2 Millionen auf dem Seeweg. Hier wird mit einer Einschränkung im ersten Jahre auf 4 Millionen Festmeter gerechnet, von denen 2 1/2 Millionen auf den Land- und Binnenschiffahrtswegen und 1 1/2 Million auf dem Seeweg kommen sollen, das würde etwa 1 Million Gewichtstonnen für die Seeschifffahrt ausmachen. In Textilien betrug unsere Mehreinfuhr im Jahre 1913 etwa 1 Million Tonnen, darunter waren 450.000 Tonnen Baumwolle, 170.000 Tonnen Wolle und 150.000 Tonnen Jute. Es wird mit einem Einfuhrbedarf von 450.000 Tonnen im ganzen angedeutet, darunter 250.000

Tonnen Baumwolle und 110.000 Tonnen Wolle. Damit würden wir nur eine 50- bis 60prozentige Beschäftigung unserer Textilindustrie erreichen. An Häuten betrug die Mehreinfuhr im letzten Friedensjahr 266.000 Tonnen (umgerechnet auf das Gewicht grüner Häute). Wir mögen im Lederverbrauch viel sparsamer sein als im Frieden, gesunken ist indessen unsere Inlanderzeugung an Häuten so stark, daß wir ohne eine Einfuhr von 250.000 Tonnen kaum auskommen werden.

Demnach werden wir, um arbeiten und dierstig leben zu können, den der Menge nach immerhin noch großen Einfuhrbedarf von 13 bis 14 Millionen Tonnen haben, und wir werden ihn nach Lage der Sache zu erheblichen Teilen nur auf dem Seeweg decken können. Eine eigene Seeschifffahrt aber sollen wir nicht haben; wir sollen uns die Waren nicht mehr in eigener Arbeit holen dürfen. Führt man den Friedensvertrag in diesem Punkte reiflos durch, dann würden wir 500.000 Bruttoregistertonnen Minenschiffe behalten. Diese Küstenschiffe würden es inwolge ihrer geringen Größe nicht einmal ermöglichen, die unbedingt nötige, gegenüber dem Friedensmaß verkleinerte Menge Erz aus dem nahen Schweden in zweckdienlicher Weise heranzuschaffen. Fast alles andere würde uns, und in der Hauptsache von sehr weit her, die fremde Schifffahrt zubringen müssen. Die würde sich in den Dienst eines verarmten Landes stellen; die Frachtsätze im Seeverkehr sind auf das Französische der Friedenspreise gestiegen. Die eine Milliarde Goldmark, die wir uns früher mit eigener Schifffahrt, d. h. in eigener Arbeit, selbst verdienten, machen heute fünf Milliarden Goldmark aus, und eine Goldmark gilt international heute etwa 13 bis 20 Papiermark. Wir würden schon wegen der eigenen Frachtmöglichkeit verarmt bleiben.

Ämtliche Erklärung zu dem französischen Einmarsch.

Berlin, 6. April.

Der französische Ministerpräsident Millerand hat in der Nacht auf Dienstag in Paris eine Note übergeben lassen, in der es u. a. heißt:

„In meinem Schreiben vom 2. April hatte ich Sie gebeten, bei Ihrer Regierung darauf zu dringen, daß die deutschen Truppen, die in rechtswidriger Weise in die neutrale Zone eingedrungen sind, unverzüglich zurückgezogen werden. Da bisher die Antwort auf dieses Ersuchen ausgeblieben ist, bänge ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber der Rheinarmee den Befehl erhalten hat, die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. Diese Besetzung wird aufhören, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben werden.“

Dieser Mitteilung ist der Vormarsch französischer Truppen vorangeeilt. Sie haben heute Nacht Frankfurt und Darmstadt besetzt und sind im Begriff, die übrigen Städte zu besetzen. Die deutsche Regierung hat bis jetzt alles getan, um die unerhörte, weder mit dem Sinn des Friedensvertrags im Einklang stehende, noch in dieser Ausdehnung mit der Oeringfügigkeit unserer Ruhraktion im Einklang zu bringende Vorgehen zu verhindern.

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung zu einem Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf deutschen Städte von ihr besetzt werden dürften. Die deutsche Regierung konnte auf dieses Ansinnen nicht eingehen, sondern machte den Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Der französische Geschäftsträger Paleologue erklärte sich damit einverstanden und teilte mit, daß auch Millerand dazu bereit sei, wenn die Truppen innerhalb 2 bis 3 Wochen aus der neutralen Zone wieder zurückgenommen werden.

Am 30. März beharrte die französische Regierung auf ihrer Zustimmung und wies nur auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitertruppen für den Fall des Einmarsches von Reichswehrtruppen zur Zerstörung der Schächte ibereiten könnten.

Am 31. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einem Male von dem Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte den Einmarsch für unmöglich und gefährlich. Inzwischen hatte der Reichskanzler, weil er am Montag die übrigen Forderungen der französischen Regierung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht und zurückgewiesen hatte, am Dienstag Mitteilung von dem französischen Entgegenkommen gemacht. Die französische Presse behandelte die Äußerungen des Reichskanzlers mit den schärfsten Angriffen.

Da inzwischen die Mitteilungen über das Bandenunwesen im Ruhrgebiet sich häuften, war an eine weitere Verschiebung des Einmarsches nicht mehr zu denken. Die deutsche Regierung ließ daher am 2. April eine Note übergeben:

Die ersten Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Gebiet von Mitte März haben die deutsche Regierung bereits damals veranlaßt, die alliierten Regierungen um ihre Zustimmung zur vorübergehenden Entsendung beschränkter Truppenmengen in das bedrohte, innerhalb der neutralen Zone liegende Gebiet unter gleichzeitigem Anerbieten von Garantien für die rechtzeitige Herausziehung dieser Streitkräfte zu bitten.

Von Seiten der französischen Regierung ist darauf erwidert worden, daß sie dem Wunsch nur entsprechen könne, wenn alliierte Truppen die Städte Frankfurt a. M., Homburg, Hanau, Dieburg und Darmstadt solange und in gleicher Stärke besetzen dürften, als sich deutsche Truppen über das bisher zugelassene Maß hinaus im Ruhrgebiet befänden. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, einem Einrücken allierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die deutschen Truppen das Fünfzig-Kilometergebiet innerhalb einer bestimmten, von den alliierten Regierungen festzusetzenden Frist nicht verlassen hätten.

Die alliierten Regierungen erklärten sich mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden.

Nach den im höchsten Grade beunruhigenden Nachrichten, die seitdem unablässig der deutschen Regierung zugegangen sind und noch zugehen, läßt sich leider nicht mehr daran zweifeln, daß die alsbaldige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich ist. Kommunisten und Mob haben das gesamte öffentliche Leben unter maßlosem Terror gehalten, wahllos Requisitionen und Plünderungen vorgenommen, die Tätigkeit der Staatsorgane lahmgelegt und Leben und Sicherheit bedroht. Die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß es zum Stillstand der industriellen Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung und der Hochofenbetriebe unter Stilllegung des Eisenbahnverkehrs kommen muß. Zwar haben sich die neugebildeten Volkstug- und Zentralräte zu Abmachungen verstanden, die den Abbruch des Generalkriegs und die Herstellung der Ruhe und Ordnung bezwecken. Diese Abmachungen sind aber tatsächlich wertlos, weil die auf aufständischer Seite Beteiligten, die sie beschlossen haben, nicht mehr die Macht haben, um sie durchzuführen.

Die deutsche Regierung hat den alliierten Regierungen von diesem Stand der Dinge Kenntnis gegeben und glaubt den Nachweis gebracht zu haben, daß eine planmäßige Herstellung der Ordnung durch Truppen von keine Stunde mehr verzögert werden darf. Es handelt sich nicht um ein Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung, deren Vertreter vielmehr selbst dringend um Hilfe gebeten haben, sondern um die Bekämpfung fanatischer Elemente. Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die alliierten Regierungen unter Berücksichtigung der deutschen Notlage ihre Zustimmung erteilen werden, um die sie hiermit bitten. Sie wiederholt in eindringlichster Weise ihr schon früher gemachtes Anerbieten, jede denkbare Garantie dafür zu geben, daß die Truppen unverzüglich nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen werden.

Köln, 6. April. Ein Ausschuß der Unabhängigen und Kommunisten erklärte der Besatzungsbehörde, alle Bergwerke und Fabriken im Ruhrgebiet werden zerstört werden, wenn die Verbündeten der deutschen Regierung erlauben würden, den Generalkrieg mit Gewalt zu brechen.

Der Volkshewismus im Ruhrgebiet.

Berlin, 5. April. Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Münster geschrieben: Die Verschönerung im Ruhrgebiet geht weit zurück und war als ein viel umfassenderes Unternehmen eingeleitet worden. Manche Einzelheiten sind nur durch ein Zusammengehen mit dem russischen Volkshewismus erklärlich. Jedenfalls waren die Vorbereitungen von langer Hand und sehr geschickt getroffen. Die rote Armee war erstaunlich gut ausgerüstet, nicht bloß mit leichten und schweren Geschützen, Maschinengewehren und der zugehörigen Organisation und Munition, sondern auch im Automobilverkehr und Nachrichtenwesen. Durch den Kapp-Putsch wurde man gezwungen, zu früh loszuschlagen. Der Plan war, erst anzufangen, wenn im Osten die russische rote Armee an der Grenze stand. Dann mußte der größte Teil der Reichswehr dort Verwendung finden. Jetzt blieb nichts übrig, als den Generalfreik gegen Kapp als Vorposten zu benutzen. Die kleineren Abteilungen der Reichswehr wurden zum Teil, wie in Essen, niedergemacht, zum Teil konnten sie sich retten. Die Düsseldorfener Besatzung schlug sich unter heftigen Kämpfen, bei denen allein 14 Offiziere fielen, nach Wesel durch. Noch jetzt sitzen etwa 200 Offiziere, Beamte und Sicherheitspolizisten im Gewahrsam der Aufständischen.

Berlin, 5. April. Dortmund verweigert die Waffenabgabe. Dem kommunistischen Führer Meiberg sind die Waffen völlig aus der Hand gegliedert. Heute früh erhielten die Truppen den Befehl zum Vorrücken. Der linke Flügel steht bei Carnap, der rechte bei Duisburg. In Hückinghausen ist das einrückende Militär von der Bevölkerung mit Jubel empfangen worden. Heute wird Hückinghausen von der Reichswehr nach Wesel durchsucht. Bei Essen und in der Umgebung von Essen werden durch die flüchtenden Bänder Gewehrtrüge abgefaßt. Das Essen er Arbeitssamt und die öffentlichen Kasernen wurden gesäubert, doch hielten die Stadtschranke den Angriffen stand. Die Schuhwarengeschäfte wurden beraubt. In Wülfrath sind 500.000 Mk. von der Stadtkasse erpreßt worden. Auf der Zehle/Wiese ist eine größere Menge Dynamit entnommen worden. Die Reichswehr hat Oberhausen besetzt.

Essen, 5. April. Der rote Zentralkomitee der Volkzugsräte ist aus Essen nach Barmen geflohen. Die nicht freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner des Direktionsbezirks Essen sind in den Ausstand getreten, weil seitens der Volkzugsräte und der roten Wachen vielfach Eingriffe in den Eisenbahndienst vorgenommen und viele Wagen mit Lebensmitteln, sogar Milchzüge, weggenommen worden sind. Der Personen- und Güterverkehr ist völlig eingestellt. Lebensmittel- und Milchzüge kommen auf Abzug der Zentralkomiteeleitung nur dann in den Bezirk, wenn die Gewähr dafür besteht, daß die Wagen in die Hände der Kommunalbehörden gelangen. Die Eisenbahner wollen den Dienst erst dann wieder aufnehmen, wenn die roten Wachen von den Stationen und Bahnhöfen entfernt sind.

Düsseldorf, 5. April. Die Reichswehrtruppen sind am Samstag nachmittag in Duisburg eingerückt. Die Düsseldorfener Sicherheitswehr jagt die zurückgehenden roten Truppen außerhalb der Stadtgrenze an den Zufahrtsstraßen ab und veranlaßt ihre Umleitung ohne Belästigung der Stadt.

Düsseldorf, 5. April. Eine Vertreterversammlung der sozialdemokratischen Parteien die über den Generalfreik beschließen wollte, wurde von roten Truppen auseinandergetrieben.

Dresden, 5. April. Die sächsische Regierung setzte auf die Ergreifung des kommunistischen Bandenführers Bötz 30.000 Mark Belohnung aus.

Bötz ist mit seiner Bande in Chemnitz eingezogen und hat der Stadt eine Buße auferlegt.

Paris, 5. April. (Havas.) Am Samstag nachmittag übergab der Führer der deutschen Friedensabordnung dem Ministerpräsidenten Millerand eine Note in deutscher Sprache, deren französischer Uebersetzung von Millerand sofort nachher angehängt wurde. In der Note wird nochmals auf die Lage im Ruhrgebiet hingewiesen und ausgeführt, die deutsche Regierung könne nicht länger auf die französische Erlaubnis warten. Sie habe dem Kommissar

Severing freie Vollmacht erteilen müssen. Millerand erteilte dem deutschen Geschäftsträger Mayer, die französische Regierung sehe in dem Verhalten der deutschen Regierung eine feindselige Handlung und eine Verletzung des Friedensvertrags. Die Regierung werde ihre Beschlüsse fassen und sie Deutschland mitteilen. Millerand wies darauf hin, das Angebot der Truppenhebe in keinem Verhältnis zu der Aufstandsbewegung. (Frankreich sucht einen Grund, um Frankfurt, Darmstadt, Hanau usw. besetzen zu können. D. Schr.)

Aus dem besetzten Gebiet.

Oppeln, 5. April. Die feindliche Ueberwachungskommission hat der Bevölkerung in Oberschlesien nicht nur die Beteiligung an den Reichstagswahlen und der Präsidentenwahl unter sagt, sondern auch den bisherigen Vertretern die Teilnahme an den Sitzungen der Nationalversammlung, Landesversammlung usw. verboten.

Frankreich erwirbt deutsche Schiffe.

Paris, 5. April. Die von Brasilien beschlagnahmten deutschen Schiffe sollen durch einen Ausschuss der französischen Flotte zum Preis von 26 Millionen Dollars (nach dem letzten Wechselstand etwa 370 Millionen Franken) angekauft werden.

Revolutionsfeier in Irland.

London, 4. April. (Reuter.) Vergangene Nacht ist aus Anlaß des Jahrestags der irischen Revolution von 1916 in zahlreichen Regierungsbüros in Dublin, Cork, Belfast und anderen Orten infolge Brandstiftung Feuer ausgebrochen. Von Belfast war infolge Zerschneidens der Telegraphendrähte und des Kabels nach England die Verbindung zerstoert.

Bis jetzt sind etwa 60 Polizeistationen durch Feuer und Sprengstoffe zerstört worden. 22 Einkommensteuerämter, davon 5 in Dublin, wurden überfallen und wichtige Dokumente zerstört.

Lebensmittelmangel in Italien.

Rom, 5. April. (Havas.) Ein Dekret verfügt neue Beschränkungen im Verbrauch besonders von Brot, Fleisch, Reis, Mais und Zucker. Der Fleischverbrauch ist am Donnerstag und Freitag verboten.

Kopenhagen, 5. April. Der König berief vorgestern Abend die Führer aller Reichstagsparteien zu einer Besprechung, die von 9 Uhr abends bis halb 6 Uhr früh dauerte. Alle Parteiführer waren darüber einig, daß es notwendig sei, die Wahlen nach einem neuen Wahlsystem abzuhalten, und daß der Generalfreik abgesetzt werde. Staatsminister Liebe erklärte auf Anregung des Königs, daß er zurückzutreten wünsche. Der König wird nun dem Oberverwaltungsgerichtsdirektor Fiis die Bildung des neuen Kabinetts übertragen mit der Aufgabe, den Reichstag sobald wie möglich die Sitzungen wieder aufnehmen zu lassen und die Verhandlungen über das neue Wahlsystem zu Ende zu führen. Alle Parteiführer versprechen ihr Zutun mit dem neuen, auf dieser Grundlage gebildeten Kabinett.

Washington, 5. April. Kriegsfeldmarschall Daniels leitete dem Senatsausschuß für Marineangelegenheiten mit, daß Japan die (früher deutschen) Karolinen-, Marianen- und Marshall Inseln schnelligig besetze und ein größeres Flottenprogramm vorbereite.

Hairo, 5. April. In Ägypten wurden strenge Strafen festgesetzt gegen die Baumwoll-Pflanzer, die versuchen, ihre wachsenden Getreideernten zu vernichten, um dafür Baumwolle zu pflanzen. Anlaß hierzu bietet der gegenwärtige hohe Baumwollpreis, der fast zehnfach höher ist als im Jahr 1914.

Württemberg.

Die Volkszählung in Württemberg. Auf Grund der Nachprüfung der örtlichen Zählungsergebnisse bei der Volkszählung am 8. Oktober 1919 wurden in Württemberg festgestellt: 572.089 Haushaltungen mit einer ortsanwesenden Bevölkerung von 1.202.542 Personen männlichen und 1.323.629 weiblichen Geschlechts. Davon waren 12.635 Militärpersonen und 7398 Kriegsgefangene. Vorübergehend anwesend waren 61.021, vorübergehend abwesend 52.442 Militärpersonen. Das Gesamt-

ergebnis der Wohnbevölkerung an Zivilpersonen war 2.497.556 gegen 2.203.456 am 5. Dezember 1917.

Die Reichsschulkonferenz wird voraussichtlich Anfang Mai in Berlin stattfinden.

Bodenseefahrt. Die Schiffskurse auf dem Bodensee werden wieder Sonn- und Feiertags ausgesetzt mit Ausnahme von und nach der Schweiz. Sonntags und werktags wird anstelle des Schiffs Friedrichshafen ab 5.30 Uhr, Konstanz an 7.05 Uhr nachm., gefahren: Friedrichshafen ab 6.40 Uhr, Konstanz an 8.15 Uhr nachm. Außerdem verkehren die Schiffskurse 58 und 75 zwischen Lindau und Konstanz täglich. Vom 15. April an wird der Bodenseefahrtplan neu geregelt.

Karlsruhe, 5. April. Der Badische Beamtenbund legt Verwahrung ein gegen die im sozialistischen „Karlsruher Volksfreund“ von einem Berliner Mitarbeiter vertretene Forderung, daß der Kreis derjenigen Beamten, die jederzeit aus dem Amt hinausgeworfen und durch Parteimänner ersetzt werden können, erheblich erweitert werden müsse. Bis jetzt sind es nur die Unterstaatssekretäre, Ministerialdiplomen, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeidirektoren, welche die Regierung ohne weiteres aus dem Amt entfernen kann, während nach der Verfassung die übrigen Beamten nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens des Dienstes entlassen werden können. Das sozialdemokratische Blatt verlangte eine Aenderung der Verfassung in seinem Sinne. Der Beamtenbund erklärt dagegen, die Beamten müssen es unbedingt ablehnen, daß die Beamenschaft in die Parteipolitik hineingezogen werde; die bedenklichen Angriffe, die unter dem Vorwand der „Reaktion“ gegen die Beamenschaft erhoben werden, müßten diese ruhig machen.

Karlsruhe, 5. April. Der Präsident des Evang. Oberkirchenrats, Wirkl. Geheimrat D. Dr. Eduard Uibel tritt am 12. April Amtschicksel in den Ruhestand. Uibel, der im 74. Lebensjahr steht, war im Februar 1915 an Stelle Helbing zum Präsidenten ernannt worden.

Die Obst- und Weinernte in Württemberg.

Im Jahre 1919 hatten Äpfel, Birnen und Kirschen einen sehr guten, die Mittelwerte weit übersteigenden Ertrag. Besonders reich war der Ertrag an Birnen. Seit 1878 war er nur höher in den Jahren 1888, 1893 und 1900. In Äpfeln gab es noch bessere Jahre 1908, 1909, 1909 und 1888, in Kirschen nur die Jahre 1911, 1909, 1900, 1894 und 1893. In Pflaumen und Zwetschen gehört das Jahr 1919 zu den geringeren. Der Gesamtgewicht des Obstertrags betrug rund 82,7 Millionen Mk., tatsächlich aber, da die Preise von Äpfeln und Birnen sich vielfach über die Höchstpreise stellten, etwa 100 Millionen Mk. Der Wert des guten Obstertrags 1917 betrug nur 47,5 Millionen Mk.

Die amtliche Erhebung ergab für 1918 eine Weinernte von 204.788 Hektoliter oder 18,7 Hektoliter auf 1 Hektar, für 1919 nur 160.359 Hektoliter oder 14,8 Hektoliter auf 1 Hektar, also ein Fünftel weniger. 1875 gab es 19,9 Hektoliter, 1888 gar 56,7 Hektoliter vom Hektar. Immerhin war 1919 noch ein milderer Weinjahr. Unter der Keller wurden 17,3 Prozent verkauft. Ein Hektoliter berechnet sich nach der Erhöhung der Höchstpreise auf 449 Mk. gegen 354,4 Mk. 1918, 276,8 Mk. 1917, 155,4 Mk. 1916 und 50,5 Mk. im Durchschnitt der 10 Jahre 1906-1915. Der Gesamtwert der Weinernte in 1919 berechnet sich nach der Erhöhung auf 72.012.094 Mk., kommt dem Ertrag von 1918, obgleich dieser an Menge weit größer war, nahezu gleich (72.252.355 Mk.) und übersteigt den des guten Jahres 1917, das nur 68.966.329 Mk. erbrachte. Den Weinärtern sind diese drei guten Ernten hintereinander im Hinblick auf die schlechten Jahre 1914, 1913, 1912, 1910, 1906 sehr zu gönnen, zumal da auch ihre Erzeugungskosten stark gestiegen sind.

Der Gesamtwert der Obst- und Weinernte berechnet sich sonach unter Zugrundelegung der amtlichen Höchstpreise auf rund 154,7 Millionen Mk. (in Wirklichkeit dürfte er weit höher sein) gegen 100,6 Millionen Mk. i. J. 1918, 116,5 Millionen Mk. i. J. 1917, 1,6 Millionen Mk. i. J. 1913 (Fehlerte in Obst und Wein) und 38,1 Millionen Mk. in dem guten Wein- und ausgezeichneten Obstertragsjahr 1900, das bis zum Jahre 1917 an der Spitze gestanden war.

Württemberg.

Stuttgart, 6. April. (Zusammenschluß der Konsumvereine.) Wie verlautet, ist der Zusammenschluß der Konsumvereine Stuttgart, Cannstatt, Feuerbach, Wangen, Hebesingen, Obertürkheim und Botnang beschloffen worden. Es sind noch verschiedene Vorträge zu regeln.

Stuttgart, 6. April. (Straßenbahnen.) Der Geschäftsbericht der Stuttgarter Straßenbahnen für das

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

3

(Fortsetzung.)

Es plötzlich ein sah herabzudender Blitz, des im Au die grauliche Finsternis auf dem Meer zerriß... ein erschütternder Donnerkrach...

Am nächsten Morgen trieb ein Riesenschiffswrack auf den Wellen umher. Schiffsplanken wurden aus Land geholt. Und Warenballen und Gegenstände jeder Art. Und eine Menge Leichen...

Auf eine halbgeborene Schiffsplanke trieb heran, auf die eine Frau festgebunden war, und ein winziges, in einen dicken, grauen Schal eingewickeltes Kind... Die Frau war tot. Das Kind aber, ein kleines Mädchen, lebte...

„Zur Polizei damit! Zur Polizei!“ Und Karl Heinzius sah, wie grobe Häufte das zarte Geschöpfchen emporrissen, daß es leise ankimmerte... „Seht es mir!“ rief er. „Ich nehme's mit nach Düsseldorf-Goldfeld!“

Zuerst verwundertes Kopfschütteln. Dann erleichtertes Aufatmen. Ein paar Eintragungen ins Polizeiregister... und Karl Heinzius erhielt den kleinen Findling. War man nicht so auf gute Manier eine Würstel, die leicht noch recht unangenehme Konsequenzen haben konnte?

Ohne ihr Oberhaupt mit einem Wort zu unterbrechen, hören die Goldgräber zu; aber ihre gespannten Miene, ihre funkelnden Augen zeigen zur Genüge ihre lebhaftes Interesse.

„Dah man keine Ahnung, wer das Kind ist?“ gibt

Anton, der „Philosoph“, zu deduzieren, als Karl seinen Bericht beendet hat.

„Nicht die Spur.“

„Ist seine Wäsche nicht gezeichnet?“

„Voll's der Kuckuck! Und die tote Frau? Hast Du sie gesehen, Karl?“

„Natürlich.“

„War sie jung?“

„Ganz jung.“

„Mit dunklen Haaren, wie das Kind hier?“

„Nein, blond. Und oben an der rechten Schläfe, wo sich die nassen Haarsträhne verschoben hatten, war ein kleines Muttermal.“

„Was hat man mit ihr gemacht?“

„Sie soll heute in Kapstadt beerdigt werden. Zusammen mit den übrigen ange schwommenen Leichen.“

„So, so...“

Nachdem der „Philosoph“ seine und damit aller Kameraden Reugier befriedigt hat, wendet sich die allgemeine Aufmerksamkeit wieder dem grauen Bündel zu.

„Wer soll es haben?“ brüllt Peter.

„Ich!“ schreit der kleine Fritz.

„Grünshabel! Bist ja selbst noch 'n halbes Baby!“ verlegt der Hüne mit einem verächtlichen Blick, der prompt zurückgegeben wird.

Und wieder heben sich zwei Häufte gegeneinander. „Stift!“ macht Martin, der „Doktor“ von Düsseldorf-Goldfeld mit einer Geste nach dem Bündel hin. „Seht, es lacht!“

„Es lacht! Es lacht!“

Erneuter Jubel. Schon beginnt man, sich um den kleinen Findling zu balgen. Jeder will ihn haben. Karl Heinzius allein bleibt ruhig.

„Stift!“ gebietet er mit der ihm eigenen und von

allen anerkannten Ueberlegenheit. „Da ihr die Kleine nicht alle haben könnt, wollen wir darum würfeln. Alle Mann über fünf und zwanzig Jahre, tretet vor! Das Glück soll entscheiden!“

Schweigende Zustimmung. Man ist gewohnt, den Befehlen des Oberhauptes zu gehorchen.

Acht Männer — unter ihnen auch Peter, Martin und Anton — treten an den Tisch und würfeln. Peter als letzter wirft die höchste Zahl: „Sechs“ und sechs Augen. „Der Peter hat's! Der Peter hat's!“ brüllt und lacht es durcheinander. „Glückspiz!“

„Halt!“ dröhnt Karls Kommandostimme mitten hin ein in den Tumult. „Ich bin auch noch da!“

„Du machst auch mit?“ pöbelt der kleine Fritz. „Versteht sich von selber, Grünshabel! Denk wohl, ich schleppe Euch das Wurm her, um es sofort wieder abzugeben? Nun paßt mal auf!“

Kräftig schütteln seine Hände die Würfel. Das Kind läßt er sie rasch niederfallen.

Es ist ein Paß: Zweimal sechs Augen.

„Das Kind gehört mir!“ sagt er ruhig und nimmt das Bündel wieder auf den Arm. „Wesin Ihr noch weiter machen wollt, Jungens — h... sind die Würfel!“

Toch niemand gelächelt es heute Abend mehr nach Würfelspiel.

Das Auswürfeln eines lebenden Kindes hat selbst diese abgebrähten, an Abenteuer jeder Art gewöhnten Goldgräber mächtig erregt.

(Fortsetzung folgt.)



Jahr 1919 weist zwar eine Erhöhung der beförderten Personen von 100 264 787 auf 107 178 919 und eine Steigerung der Gesamteinnahmen von 9 500 612 auf 16 012 464 M. auf, aber die achtschündige Arbeitszeit, die sprunghafte Steigerung der Löhne, sowie der Material- und Strompreise, ferner der Ausfall durch den Generallstreik und durch die häufigen Betriebserschütterungen wegen Kohlenmangels haben trotz mehrmaliger Tarifserhöhungen fast die ganzen Einnahmen verschlungen. Der Reingewinn von 13 595 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Eine Dividende kommt nicht zur Verteilung.

Eplingen, 5. April. (Der Rud nach links.) Bei der Betriebsratswahl in der Maschinenfabrik Eplingen, Werk Metzingen, erhielten die Kommunisten 1405, die Unabhängigen 758 und die Sozialdemokraten 548 Stimmen.

Maulbrunn, 5. April. (Weidmannsheil.) Jagdaußerer Burgert in Amültingen hat auf dem heutigen Schneepfenschnee nicht weniger als 16 Langschußel erlegt.

Pinlingen, 5. April. (Todesfall.) Im Alter von 66 Jahren ist am Gründonnerstag nach langem Leiden der Ehrenbürger unserer Stadt, Papierfabrikant Ernst Laiblin, Mitinhaber der schon fast zwei Jahrhunderte bestehenden Firma Gebrüder Laiblin, verschieden. Der Verstorbene hat sich um die Stadt große Verdienste erworben. Er war mit einer Tochter des früheren Stadtschultheißen Sichel in Marbach verheiratet.

Kirchheim u. T., 5. April. (Diebstahl.) Dem Schafhalter G. Dörner sind drei Schafe und ein Zuchtbod im Werte von 3000 M. aus dem Pferch und der Kunstwohlfabrik Detlingen Lederriemen im Wert von 6000 M. gestohlen worden. Im letzteren Fall wurden die Diebe verhaftet.

Hall, 5. April. (Amerikaspende.) Die Schwestern Frau Stoß und Frau Rothermel in Philadelphia, zwei gebürtige Hallerinnen, haben ihrer Vaterstadt zur Verteilung an Kriegsteilnehmer und Kriegskrämpel 12 500 M. gestiftet. Vor einigen Tagen ist ebenfalls für Kriegszwecke der Betrag von 200 000 M. von dem in Buenos Aires lebenden Friedrich Seeger, gleichfalls einem Haller, hier eingegangen.

Wasseralfingen, 5. April. (Betriebsratswahl.) Bei den Wahlen der Betriebsräte im Hüttenwerk erhielten die christlichen Gewerkschaften 5 und die Freien Gewerkschaften 4 Vertreter. Die Angestellten brachten einen Vertreter durch.

Spaichingen, 5. April. (Teure Weide.) Die Gemeinde Obernheim erlöste 1919 bei der Verpachtung der Sommerweide für 400 Schafe 4800 M. Das heutige Ergebnis ist 50 050 M.

Vorläufig der alte Posttarif. Die Vorlage über die neuen Posttarife ist von der Nationalversammlung noch nicht verabschiedet. Deshalb bleiben vorerst noch die Tarife des alten Posttarifs in Kraft; die des neuen werden voraussichtlich erst am 1. Mai in Kraft treten.

Hausfrauentagung. Der Verband Deutscher Hausfrauenvereine wird vom 13. bis 15. April einen Verbandstag in Hamburg abhalten.

Der Notenumlauf der Reichsbank erhöhte sich in der am 15. März abgeschlossenen Berichtswoche um 856,3 Mill. M. auf 42 504,6 Mill. M., während der Umlauf an Darlehensklassenscheinen einen Rückgang um 72,4 Mill. M. auf 12 679,4 Mill. M. aufwies. Der Stand des Papiergelds beträgt also derzeit 55 184 Millionen Mark.

Staatslotterie. Dieziehung der 4. Klasse 15. Lotterie findet am 13. und 14. April d. J. in Berlin statt. Bei ihr kommen u. a. je 2 Gewinne zu 100 000 M., 60 000 M., 40 000 M., 20 000 M. und 15 000 M. vor. Insgesamt werden 10 000 Gewinne mit barem 2 665 152 M. gezogen.

Das Haberheimnis. In landwirtschaftlichen Kreisen glaubt man vielfach, daß die Kommunalverbände den Ablieferungshaber, den sie um 20,75 M. übernehmen, um 150 bis 180 M. an gewerbliche Betriebe usw. weiter verkaufen. Wie aus beteiligten Kreisen mitgeteilt wird, ist das ein Irrtum. Die Kommunalverbände müssen den Haber zum Gestehungspreis an die Reichsgüterstelle abliefern. Was allerdings der Kommissar der Reichsgüterstelle im einzelnen mit dem Haber macht, ist den Kommunalverbänden unbekannt.

Das Ende der Feldpost. Amtlich wird mitgeteilt: Sämtliche Feldpostanstalten des Grenzschiebes Ost werden bis 31. März 1920 aufgelöst werden. Vom Tage der Auflösung der einzelnen Feldpostanstalten treten die den mobilen Grenzschutztruppen bisher noch gewährten Portovergütungen des Feldpostverkehrs außer Kraft. Der Portofreiheitsvermerk „Feldpostbrief“ in der Aufschrift der Postsendungen der Grenzschutztruppen verliert seine Gültigkeit und ist nicht mehr anzuwenden. Vom Tage der Auflösung der Feldpostanstalten ab genießen auch die Angehörigen der Grenzschutztruppen nur noch die folgenden den übrigen Heeres- und Marineangehörigen im Inlande allgemein zustehenden Portovergütungen. Es werden befördert an die Mannschaften des Heeres und der Marine bis zum Feldwebel, Wachtmeister oder Oberbediensteter einschließlich nachwärts: gewöhnliche Briefe bis zu 60 Gr. und Postkarten portofrei, Postanweisungen bis zu 15 M. einschließlich gegen 10 Pfg. Porto und gewöhnliche Pakete bis zu 3 Kg. auf alle Entfernungen gegen 20 Pfg. Porto. Die Sendungen müssen in der Adresse den Vermerk: „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheiten des Empfängers“ und den Bestimmungsort mit Angabe der Postanstalt tragen. Die Portovergütungen erstrecken sich nicht auf Urlauber sowie auf Sendungen, die rein gewerbliche Angelegenheiten der Empfänger betreffen oder in ausschließlichen gewerblichen Angelegenheiten des Absenders an eine Militärperson gerichtet oder nach dem Ort- oder Landbestellbezirk des Aufgabenerstes bestimmt sind.

Sinnlose Abschachtung. Das „Bad. landw. Genossenschaftsblatt“ wendet sich gegen die Abschachtung und Abschachtung von Tieren ohne Gewicht, was ein Raubbau an unseren ohnehin stark gelichteten Viehbeständen ist. Die Kommunalverbände sollen ihr Gefrierfleisch

ausgeben und die Viehbestände schonen, bis diese durch die jetzt beginnende Grünfütterung wieder in besseren Stand gebracht seien.

90 000 Mark unterschlagen. Der 20 Jahre alte Jäger W. Janke vom Sturmbattillon der Reichswehrbrigade 3 in Potsdam ist mit 90 000 M. aus der Bataillonskasse verschwunden.

48 Millionen Schaden. Die furchtbare Explosion in Lankwitz, bei der viele Personen getötet und verletzt wurden, hat einen Sachschaden von über 48 Millionen Mark verursacht. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein mit Pikrinsäure und Papierabfällen gefüllter Behälter während der Tage des Generallstreiks nicht entleert worden war. Beim Auffüllen neuen Materials erfolgte dann die Explosion.

Die Reichsschulkonferenz wird voraussichtlich Anfang Mai in Berlin stattfinden.

Landwirtschaftskammergesetz. In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Bad. Landwirtschaftskammer u. a. auch Stellung genommen zu den Beschlüssen des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung des badischen Landtags das Landwirtschaftskammergesetz betreffend. Es wurde in dieser Vorstandssitzung einstimmig gegen eine derartige Beschränkung der natürlichen Rechte der Landwirtschaftskammer Verwahrung eingelegt, da, wenn diese Beschlüsse zur Ausführung kommen würden, die Landwirtschaftskammer verhindert wäre, ihre gesetzliche Aufgabe zur Förderung der Landwirtschaft zu erfüllen.

Bodenseedampfschiffahrt. Die Schiffskurse auf dem Bodensee werden wieder Sonn- und Feiertags ausgeführt mit Ausnahme von und nach der Schweiz. Sonntags und werktags wird anstelle des Schiffs Friedrichshafen ab 5.30 Uhr, Konstanz an 7.05 Uhr nachm., geistern: Friedrichshafen ab 6.40 Uhr, Konstanz an 8.15 Uhr nachm. Außerdem verkehren die Schiffskurse 58 und 75 zwischen Lindau und Konstanz täglich. Vom 15. April an wird der Bodenseefahrplan neu geregelt.

Baden.

Karlsruhe, 6. April. Der Präsident des evangelischen Oberkirchenrats, Wirtl. Geh.-Rat D. Dr. Eduard Uibel tritt am 12. April in den Ruhestand, nachdem er bereits am Schluß der außerordentlichen Generalsynode, am 12. Dezember 1919, seinen Rücktritt vom Amte erklärt hatte, als ihn die Generalsynode zuvor einstimmig zum Kirchenpräsidenten wählte. Der Rücktritt Dr. Uibels erfolgt aus Gesundheits- und Altersrücksichten. Der scheidende Präsident der evangel. Kirche stammt aus Bilsingen und steht im 74. Lebensjahr. Er war zuerst im richterlichen Dienst tätig und vor seiner im Februar 1915 erfolgten Ernennung zum Oberkirchenratspräsidenten (als Nachfolger von D. Helbing) viele Jahre Landgerichtspräsident in Freiburg gewesen. Auch politisch ist Dr. Uibel früher hervorgetreten, indem er als national-liberaler Abgeordneter einige Zeit die Stadt Konstanz in der Zweiten Kammer vertrat.

Karlsruhe, 5. April. Der Badische Beamtenbund legt Verwahrung ein gegen die im sozialistischen „Karlsruher Volksfreund“ von einem Berliner Mitarbeiter vertretene Forderung, daß der Kreis derjenigen Beamten, die jederzeit aus dem Amt hinausgeworfen und durch Parteimitglieder ersetzt werden können, erheblich erweitert werden müsse. Bis jetzt sind es nur die Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeidirektoren, welche die Regierung ohne weiteres aus dem Amt entlassen kann, während nach der Verfassung die übrigen Beamten nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens des Dienstes entlassen werden können. Das sozialdemokratische Blatt verlangte eine Aenderung der Verfassung in seinem Sinne. Der Beamtenbund erklärt dagegen, die Beamten müssen es unbedingt ablehnen, daß die Beamtenschaft in die Parteipolitik hineingezogen werde; die bedenklichen Angriffe, die unter dem Vorwand der „Reaktion“ gegen die Beamtenschaft erhoben werden, müßten diese ruhig machen.

Karlsruhe, 5. April. Die Großmehlgereit Gebr. Hensel mußte wegen Mangels an Schlachtvieh ihren Betrieb einschränken und einer größeren Anzahl Arbeiter kündigen.

Baden-Baden, 5. April. Der 55jährige Zimmermeister Maier in Lichtental erschloß seinen 37jährigen Sohn mit einem alten Militärgewehr. Nach der Tat löstete sich der Mörder in einem Schuppen durch zwei Schüsse in den Mund.

Mannheim, 5. April. Die Arbeit in den nach Bildung sog. revolutionärer Betriebsräte geschlossenen großen Fabrikbetriebe ist wieder aufgenommen worden, nachdem eine Einigung erzielt worden war. Die Räte wurden aufgelöst; einige Arbeiter, die sich besonders schwere Vergehen zuschulden kommen ließen, werden vorerst nicht wieder eingestellt und erhalten eine finanzielle Unterstützung. Die verkümmerte Arbeitszeit wird nicht bezahlt.

Mannheim, 5. April. Durch Selbstentzündung von Gasen beim Verdünnen kochender Lade mit Benzin entzündet in der Farbenfabrik von Groß & Perthum eine Kesselerplosion. Das Benzin geriet in Brand. Drei Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 50 000 M., der Fahrnissschaden etwa 60—80 000 M. — Aus einer Färbereifabrik wurden Wolldecken und Hosen im Gesamtwert von 60 000 M. gestohlen.

Haslach i. N., 5. April. Die „Schwarzv. Volksstimme“, die hier seit 25 Jahren von Buchdruckerbesitzer Wilhelm Engleberg herausgegeben wurde, hat ihr Erscheinen als politisches Blatt eingestellt.

Bonnorf, 5. April. In Balzhäusern schlug der Blitz in die Scheune des Heinrich Trischler und zündete, doch konnten die Flammen wieder gelöscht werden.

Freiburg, 5. April. Drei Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren haben in der Nähe der Stadt spazierengehenden Kindern gewaltig Schläge, Striempfe und Schürzen ausgezogen und sich mit ihrem Raub entfernt.

Vargen, 5. April. Der 3. Wahlgang zur Bürgermeistereiwahl ist wieder ergebnislos verlaufen. Deshalb wird jetzt ein Bürgermeister durch die Regierung bestimmt werden.

Donauwörth, 5. April. Es steht fest, daß der frühere Lehramtspraktikant Wiedmeier mit dem 13-jährigen Sohn des hiesigen Bahnhofsbuchhändlers Doser die Reise nach Mexiko angetreten hat. Trotz aller Nachforschungen ist es bis jetzt noch nicht gelungen der Fluchtlinge habhaft zu werden.

Holzverschiebung. Aus Frankfurt a. M. wird von großen Holzverschiebungen aus dem besetzten Gebiet ins Ausland berichtet. In der vergangenen Woche sollen in der Nähe von Wiesbaden über 100 mit Holz beladene Eisenbahnwagen zur Lieferung ins Ausland bereitgehalten haben.

Bucher an Auswanderern. Man schreibt uns: Die Deutsch-brasilianische Wirtschaftsvereinigung in Hamburg, eine Tochtergründung des berühmten „Schubundes deutscher Auswanderer“, treibt ungeheuer im ganzen Lande ihr gemeinshädliches Unwesen. Sie macht ihr Geschäft an allen, die hoffen, billig nach Brasilien zu kommen, durch das Angebot der brasilianischen Regierung, Landwirten in gewisser Zahl freie Ueberfahrt zu gewähren. Sie hat es verstanden, sich an Organe des brasilianischen Generalkonsulats in Amsterdam heranzumachen, die mit der Zulassung zur Ueberfahrt zu tun haben und scheinbar erreicht, daß nur ihre Mitglieder angenommen, jedenfalls tatsächlich vor andern bevorzugt werden. Sie geht jetzt werden im ganzen Land damit, man solle Mitglied werden, um frei nach Brasilien zu kommen und läßt sich für Erwerbung dieser Mitgliedschaft 250—700 M. zahlen. Sie bewuchert damit die Auswanderer um ihre letzten Groschen, die sie gerade durch die Freifahrt sparen könnten und drüben bitter entbehren werden, leistet selbst nichts und ihr sauberer Spießgeselle in Amsterdam erhebt noch eine Kopfsteuer von 80—160 M. dazu. Es ist schmachtvoll, daß eine deutsche Gesellschaft an Deutschen solchen Bucher ausübt. Bitte sich jeder vor der Vereinerung, jeder, der sonst geeignet ist, hat ein Recht darauf, ohne solche Opfer zugelassen zu werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß jedem dies Recht wird; es ist hohe Zeit, daß amtliche Stellen diese Bucherer umschädlich machen.

Nach etwas vom Schaltjahr. Nach altem Volksbrauch räumt das Schaltjahr den Frauen weitgehende Rechte ein. Im Schaltjahr haben nämlich die Frauen das Recht, um die Männer anzuhalten, während in der übrigen Zeit sie ja bescheiden warten sollen, bis sie erwählt werden. Dieses verführerische Vorrecht ist bei uns allerdings bisher noch kaum ausgeübt worden. Häufiger ist es bei den angelsächsischen Völkern, und es ist auch eine englische Legende, auf die man dieses Vorrecht zurückführt. Die heilige Brigitte soll sich nämlich einmal an den heiligen Patrick gewandt haben, es sei doch eine schreiende Ungerechtigkeit, daß die Männer sich die Frauen auswählten und nicht umgekehrt. Um sie zu beruhigen, schlug ihr der heilige Patrick vor, man solle einführen, daß in jedem siebenten Jahre die Frauen um die Männer anhalten dürften. Dies schien der heiligen Brigitte aber zu wenig, und sie verlangte, daß dies in jedem Schaltjahr geschehen könne. Brigitte soll sogar selbst von dem neuen Vorrecht Gebrauch gemacht und den heiligen Patrick zum Gemahl erkorren haben; da er aber das Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt hatte, so mußte sie sich mit dem Geschenk eines seidenen Kleids begnügen. Hieraus wird die englische Sitte zurückgeführt, nach der ein Mann, der im Schaltjahr die Werbung einer Frau ablehnt, ihr ein Seidenkleid schenken muß. In Schottland findet sich tatsächlich ein Gesetz aus dem Jahr 1288, in dem nicht nur den Frauen im Schaltjahr erlaubt wurde, den Männern die Ehe anzutragen, sondern sogar der Mann, der einen solchen Antrag ablehnte, eine erhebliche Summe als Strafe zahlen mußte, wenn er nicht nachweisen konnte, daß er bereits anderweitig verheiratet sei. In Frankreich bestanden ähnliche Gebräuche, und sie finden sich noch im 17. Jahrhundert als Gewohnheitsrecht. Im Jahre 1606 wurde in London ein Buch veröffentlicht, das von diesem Frauenvorrecht handelt. Ueber die praktischen Wirkungen dieser Sitte sind wir nicht genau unterrichtet. Aber die Amerikanerinnen haben verschiedentlich mit dem Brauch ernst gemacht. So wurde in Escanaba, einer kleinen Stadt in Michigan, bestimmt, daß jedes junge Mädchen, das auf Grund des Frauenvorrechts im Schaltjahr sich verheiratet, freie Trauung, freie Wohnung, freies Hochzeitsmahl im vornehmsten Gasthaus der Stadt, zwei Logenplätze im Theater, eine Tonne Kohlen und — bei Scheidung dem Rechtsanwalt unentgeltlich erhält. In Pittsburg wurde ein „Heiratsverein“ von Junggefeilen gegründet, der die Aufgabe hat, die Mädchen während des Schaltjahrs zur Werbung um die Männer zu ermutigen und den auf solche Weise zustande gekommenen Ehen mit einem Zuschuß zu helfen.

Der Frieden ist die Kosten nicht wert. Im englischen Unterhaus wurde bei der Forderung für die Kosten der Pariser Friedenskonferenz an der Beredsamkeit, die dabei getrieben wurde, scharfe Kritik geübt. Einige Redner warfen der Regierung vor, sie habe in unverantwortlicher Weise mit dem Geld der Steuerzahler gewirtschaftet. Ein Abgeordneter behauptete, die Kosten für England belaufen sich auf 2 Millionen Pfund (40 Mill. Goldmark) und die Konferenz habe erst nicht den Frieden gebracht. Auch im amerikanischen Parlament wurde bekanntlich ausgesprochen, daß der Frieden die Ausgaben nicht wert sei.

Humoristisches.

Er: Ellen, ich liebe Sie. — Sie: Aber ich besitze keinen Pfennig. — Er: Gestatten Sie, daß ich weiter rede, Sie unterbrechen mich. Ich liebe Sie nicht. — Sie: So — also ich wollte Sie nur auf die Probe stellen, mein Vater gibt mir jährlich 250 000 Mark! — Er: Aber unterbrechen Sie mich doch nicht immer. Ich liebe Sie nicht wegen Ihres Geldes. — Sie: Ich bin die Ihre, das mit den 250 000 Mark war nur ein Scherz.

Papierge'dw'erschaft.

Ein Duzend Menschen hatten sich nach einem Schiffbruch auf eine unbewohnte Insel gerettet, auf der sie zunächst ohne Hilfsmittel durch Jagd und Fischerei ihr Leben fristeten. Einer, den sie als Oberhaupt gewählt hatten, vertrat das allgemeine Interesse und regelte dessen Verhältnisse zu den Einzelnen. Um Kaufgegenstände zu schaffen, wurde inmitten der Insel ein Vorratsraum errichtet, zu welchem jeder der 12 die von ihm erlangten Nahrungsmittel schaffte. Für jeden abgelieferten Gegenstand erhielt der Bringer von dem die Vorräte verwaltenden Oberhaupt fünf Marken, als der Gegenstand Speiserationen darstellte. Es mußten demnach beständig genau so viel Speiserationen im Vorratsraum liegen, als sich Marken in den Händen der Arbeitenden befanden und jeder konnte sich so zu jeder Zeit fünf Marken von dem die Vorräte verwaltenden Oberhaupt holen, als seine Marken ausreichten, dort zu holen. Eines Tages näherten sich feindliche Eingeborene einer Nachbarschaft, um sich der Insel zu bemächtigen. Es bedurfte vieler Tage, bevor der Angriff endgültig abgeschlagen war. Während der Kämpfe waren die Bewohner nur wenig dazu gekommen, ihrer Beschäftigung — der Jagd und Fischerei — nachzugehen. Nur wenige hatten etwas in die gemeinsame Vorratskammer abliefern können. Die anderen, die ihre ganze Zeit der Verteidigung der Insel gewidmet hatten, verlangten von dem Verwalter der Vorratskammer aber ebenfalls Marken, um die von ihnen zum Leben benötigten Rationen abheben zu können. Der Verwalter sah die Berechtigung des Verlangens ein und gab ihnen die Marken. So kam es, daß etwa vier mal mehr Marken in den Händen der Inselbewohner waren, als sich Rationen in der Vorratskammer befanden. Dem Verwalter blieb nichts übrig, als jede der Rationen in vier Teile zu teilen und so auf jede Marke nur noch ein Viertel der früheren Portion zu verzeichnen. War eine ganze Ration, wie früher, haben wollte, mußte vier Marken abliefern. Die Marken waren nun noch ein Viertel ihres früheren Wertes wert. Die Nahrungsmittel waren teurer geworden. Der Wert (die Baluta) der Marken war gesunken.

Man war mit dem Verwalter nicht zufrieden und wählte deshalb einen anderen Genossen, der schon vorher immer behauptet und dargelegt hatte, daß jeder der Inselbewohner doch eine viel zu lange Zeit auf seine Tätigkeit — auf Jagd und Fischerei — verwende. Anstatt 10 Stunden würden auch 8 ausreichen. Das gefiel allen sehr gut und viele entschlossen sich daraufhin, künftig gar nur noch 7 oder 6 Stunden täglich tätig zu sein. Sie brachten nun natürlich nur noch zwei Drittel oder vier Fünftel ihrer früheren Beute zur Ablieferung in die Vorratskammer; aber jeder verlangte trotzdem genau die gleiche Anzahl von Marken, die er früher für sein volles Tagewerk bekommen hatte. Sonst hätte er ja von der Verkürzung der Arbeitszeit keinen Vorteil gehabt. Der Verwalter, dem sehr an seiner neuen Stellung gelegen war, kam dem Verlangen nach. Es blieb ihm aber natürlich nichts übrig, als im geheimen die einzelnen Portionen, die er für jede Marke veranschlagte, noch kleiner als sein Vorgänger zu machen. Wer eine ganze Ration, wie früher, haben wollte, mußte eine große Anzahl von Marken dafür hergeben. Schließlich wußte wieder der Verwalter noch sonst jemand auch nur einigermaßen mehr, in welchem Verhältnis eigentlich der Vorrat in dem Räume zu den verausgabten Marken stand. (Die Baluta war nicht mehr bestimmbar und sank noch unter das gerechtfertigte ohnehin tiefe Niveau hinab.) Dem Verwalter paßte das ganz gut, denn jetzt konnte ihn niemand mehr kontrollieren. Um die anderen, die das dunkle Empfinden hatten, daß die Sache nicht ganz stimmen könne, zu beruhigen und bei guter Laune zu erhalten, traf er allerhand Anordnungen, die alle darauf abzielten, daß jeder Einzelne noch weniger zu tun und sich überhaupt um nichts mehr zu kümmern brauchte. Außerdem gab er aber, da es große Vorräte von Papp, das Einzige, das beim Schiffbruch gerettet worden war, in Verwahrung hatte, mit vollen Händen Marken aus. Und alle freuten sich. Wenn sie auch nur sehr wenig auf die Marken von dem Verwalter bekamen, so hofften sie doch, da sie alles Augenmaß auf die vergangenen Kampftage schoben, bestimmt, es müsse nun bald wieder die Zeit da sein, wo sie auf jede der vielen Marken wieder eine volle Portion, wie früher, vor dem Krieg, bekommen müßten.

Weil sie ohnehin genug Marken bekamen, auch wenn sie wenig abliefern, und weil sie auf die vielen Marken so wie so nicht viel bekamen, so brachten die Bewohner immer weniger Beute zur Ablieferung und verbrachten die Zeit lieber mit Spiel und Tanz, als mit Arbeit. Die Vorratskammer wurde immer leerer, die Portionen deshalb immer kleiner, aber der Marken wurden immer mehr. Einige der Bewohner waren in der früheren besseren Zeit, als noch genug Nahrungsmittel verausgabte wurden, auf den Gedanken gekommen, die ihnen

auf ihre Marken zustehenden Nahrungsmittel nicht alle auszugeben, sondern einige Marken aufzuheben und sie so einzuteilen, daß sie an einem Tage der Woche auch etwas zu leben hätten, ohne der Jagd oder Fischerei nachgehen zu müssen. Während dieses Tages hatten sie dann allerhand Geräte, wie Netze, Boote usw. angefertigt, mit denen sie viel ergiebiger Fänge erzielten, als die anderen. Die anderen liehen sich die Gerätschaften und gaben von den Marken, die sie für das Mehrergebnis ihrer Arbeit erhielten, einen Teil an die Eigentümer ab. (In der Volkswirtschaft werden diese Gerätebesitzer: Kapitalisten, die Geräte: Kapital und die Leihgebühren für die Geräte: Kapitalzins genannt.) Auf die Marken, die die Gerätebesitzer erhielten, bekamen diese natürlich jetzt auch nur einen kleineren Bruchteil gegen früher; aber unter den Bewohnern kam der Gedanke, der allerdings schon früher aufgekomen war, immer mehr zum Durchbruch, daß es eigentlich unrichtig sei, diesen Kapitalisten überhaupt noch Marken für die leihweise Vergabe der Geräte abzugeben. Wenn diese Marken wegsähen, dann müßten die Portionen wieder größer werden und dann wäre ja allen geholfen. Der Verwalter verordnete deshalb, daß ein großer Teil der Geräte von den Kapitalisten abzuliefern sei (Kapitalsteuer) und daß dieses Kapital künftig der Gesamtheit gehöre.

Nun wurden die Geräte von allen gemeinschaftlich benutzt, ohne daß für die Benutzung Marken hergegeben zu werden brauchten. Die früheren Gerätebesitzer kümmerten sich dafür nun aber natürlich auch nicht mehr um die Geräte. Während sie früher oft vielen Ärger gehabt hatten, wenn ihnen die Sachen in defektem Zustand oder gar nicht zurückgeliefert worden waren, wenn sie dann allerhand Unannehmlichkeiten und mühselige Reparaturen hatten, waren sie jetzt ebenso sorglos wie die anderen. Da der Verwalter es mit keinem der Leute verdröben wollte, die die Geräte unachtsam behandelten oder sie überhaupt nicht zurückbrachten, so dauerte es nicht lange, bis fast alle Geräte unbrauchbar geworden oder sonstwie abhanden gekommen waren. Neue Geräte wollte aber selbstverständlich niemand herstellen, weil kein Anreiz dazu vorlag, die ohnehin schmalen Portionen erst einmal auf längere Zeit einzuteilen, um Arbeitszeit frei zu bekommen, dann die Arbeit der Geräteherstellung zu verrichten und schließlich Gefahr zu laufen, daß das Ergebnis aller Entbehrung und Mühe schließlich wieder von dem Verwalter zum allgemeinen Nutzen eingezogen würde. Da sich die Bewohner nun fast ohne alle Hilfsmittel bei ihrer Tätigkeit behelfen mußten, wurde deren Ergebnis naturgemäß wiederum ein geringeres und die Leute mit den ihnen zugewiesenen weiter verkleinerten Rationen noch unzufriedener. Da sie aber der Sache immer noch nicht auf den Grund gekommen waren, verlangten sie mit wachsendem Ungehörig immer mehr Marken. Als der neue Verwalter sich vor dem Endegebnis zu fürchten begann und die vorläufige nutzlose Vermehrung der Markenausgabe schließlich einmal verweigerte, stellten die Leute die Tätigkeit überhaupt ein und lie nahmen sie erst wieder auf, als der Verwalter einen neuen Ballen Papp aufschnitt und maßlos neue Marken verteilte.

Wie lange sich das Spiel wird fortsetzen lassen, hängt davon ab, wann die Leute den Zusammenhang der Dinge erfassen und eine neue Regierung wählen werden, die nicht ihre Arbeitszeit beschränkt, sondern ihnen wieder volle Freiheit zur Arbeit läßt.

Neues vom Tage.

Der Wiederaufbauminister.

Berlin, 6. April. Der Rechtsberater der Düsseldorfer Handelskammer, Dr. Brandt, hat sich bereit erklärt, das Wiederaufbauministerium zu übernehmen. Brandt gehörte der Nationalliberalen Partei an und trat nach der Revolution zur Demokratischen Partei über.

Jesuiten in Judba.

Berlin, 6. April. Die Regierung hat nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ die Zulassung einer Jesuiten-Niederlassung in Judba genehmigt. Ueber die Beschaffung geeigneter Gebäude wird noch verhandelt.

Answeisungen aus Bayern.

München, 6. April. Herr Hoffmann meldet amtlich: Die Wohnungsnot, das Wucher- und Schiebertum, die Verschlechterung des Nahrungszustands und damit die Quelle allgemeiner Unzufriedenheit und Beunruhigung ist

zum großen Teil auf das Hereinfließen von fremden Elementen aus dem Osten, aus Polen, Galizien und Rußland zurückzuführen. Die bayerische Regierung wird das Uebel an der Wurzel fassen und alle Ausländer und Staatlose, die nach dem 1. August 1914 in Bayern unbefugte Aufenthalt genommen haben, rückwärtslos und nötigenfalls zwangsweise über die Grenze schaffen lassen. (Die andern Bundesstaaten sollen rechtzeitig ihre Grenzen sperren, sonst werden sie mit den lästigen Ausländern überschwemmt.)

Trohender Streit der pfälzischen Landwirte.

Ludwigshafen, 6. April. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den landwirtschaftlichen Organisationen der Pfalz haben dahin geführt, daß der pfälzische Bauernverein von der Teilnahme am Streik Abstand nimmt. Der Bund der Landwirte wird heute zu der Lage Stellung nehmen. Die freie Bauernschaft ist der Auffassung, daß wenigstens ein Teil ihrer Forderungen, für deren Erledigung die bayerische Regierung eintrat, in der Pfalz seit der Neustädter Besprechung hätte erfüllt werden können. Es ist damit zu rechnen, daß in einigen Teilen der Pfalz die Bauernschaft am Dienstag, den 6. April, in den Streik eintritt. Die Regierung der Pfalz hat die Vertreter der sämtlichen landwirtschaftlichen Organisationen und der Lebensmittelstellen, sowie die Vorsitzenden der Kommunalverbände und die Pressevertreter für Dienstag, den 6. April, zu einer Besprechung nach Neustadt a. S. eingeladen.

Viel Lärm um nichts.

Kopenhagen, 6. April. Der König hat folgende Ministerliste genehmigt: Präsident und Verteidigung: Obervermundschafsdirektor Friis; Kirchenminister: Stiftsamtmann Ammentorp; Sozialminister: Bürgermeister Jensen; Finanzen: Baudirektor Koefeld; Unterrichts: Schulinspektor Petersen; Handel: Fabrikdirektor Prior; öffentliche Arbeiten: Nis Hansen; Außenwesens: Seavenios; Justiz: Schröder; Landwirtschaft: Pächter Sonne; Inneres: Vedel. Der bisherige Minister für Schleswig, Hanssen, wurde zum Generalkommissar für Schleswig ernannt. Das Verkehrsministerium ist noch unbefest. Die Minister sind Männer, die politisch noch nicht hervorgetreten sind. Das Ministerium hat die einzige Aufgabe, das Wahlgesetz durchzuführen. Die Wahlen finden am 22. April statt. Der Reichstag wird heute einberufen. Die Arbeiter werden nicht gemahregelt und erhalten im August eine Teuerungszulage, politische Vergehen werden nachgesehen. Die Einführung von Betriebsräten ist zugelegt.

Anschlag in Schweden?

Basel, 6. April. Die Basler „Nationalzeitung“ meldet aus Stockholm, die königliche Familie sei durch unterschrittlose Briefe vor einem Anschlag gewarnt worden. Die weiblichen Mitglieder der Familie befinden sich an Bord des Kreuzers „Heimdal“, der König sei nach London abgereist. (Die Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen.)

Die dritte Internationale abgelehnt.

Glasgow, 6. April. Auf der Jahresversammlung der unabhängigen Arbeiterpartei Schottlands wurde nach einer Rede Snowdens der Beitritt zur Moskauer Internationale mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Das Mittel der Gewalttätigkeit und der Revolution wurde scharf gerurteilt.

Ev. Kirchenchor Donnerstag halb 1 Uhr Kirche.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Diejenigen Kameraden, welche bei der Aufstellung der Stammrolle am Ostermontag nicht anwesend waren, werden aufgefordert, sich innerhalb dieser Woche, längstens bis nächsten Samstag bei Schriftführer Bopp, (Klumpps Quellenhof) abends zwischen 5—7 Uhr anzumelden.



Zugleich werden diejenigen Personen, welche noch im Besitze von arabischen Gegenständen sind und nicht mehr der Feuerwehr angehören, ersucht, dieselben unverzüglich an Magazin-Verwalter Schlossermeister Lipp abzugeben, andernfalls obiges gegen Ganggebühr abgeholt wird.

Das Commando.

Ein Wunder deutscher Erfindung!
D.R.P. elektrische „Craft“ Sicherheitsanlagen. A.P.ang.
verhüten mit tödlicher Sicherheit.

Einbruch-Diebstahl u. Feuersgefahr.

Es giebt absolut kein Mittel, das System „Craft“ zu umgehen!
Die Sicherung erstreckt sich von einzelnen Gegenständen angefangen bis auf ganze Häuser, wobei Wände, Decken, Fußböden, Türen, Fensterscheiben, besonders Schaufenster und Geschäftsauslagen inbegriffen sind.

Die Anlage arbeitet unbedingt zuverlässig mit geradezu überblüffender Wirkung!

Von größter Wichtigkeit und unentbehrlich für alle Banken, Behörden, Anstalten Fabriken, Kommunen, Ladengeschäfte, Hotels, Villen, Landwirte und Private.

Von Polizei und Behörden glänzend empfohlen.

Ausführliche Prospekte und Vorführung durch Generalvertretung: **Andr. Bieler**, Ingenieur Reutlingen, Lohmühlstr. 13. Depot Lager für Schwarzwald-, Donau- und Jagstkreis sowie Hohenzollern.

Gewandte Bezirksvertreter, insbesondere elektrotechn. Installationsfirmen, gesucht denen ein Betriebskapital von ca. Markt 5000 zur Verfügung steht und wollen solche umgehend Offerte einreichen.

Zwei Sechszimmer-

Wohnungen

per sofort zu vermieten.

Anfragen unter Chiffre B 1 an die Exped. ds. Blattes.

Eier-Abgabe.

Die Abgabe der Eier erfolgt nicht auf Marke 21 sondern 22.

Stadt. Lebensmittelamt.

Stadt Karten

Johanna Eisele
Ludwig Knaupp

Verlobte

Ostern 1920

Wildbad

Dillingen-Saar

Stadt Karten

Alfons Trautz
Anna Schmid

Verlobte

Ostern 1920

Gesucht ein Küchenmädchen

oder Franz fürs Café.

Vorzustellen im Hotel Sonne, Wildbad.

Mk. 40000

sind auf ein oder mehrere Posten gegen gute Sicherheit auszuleihen.

Anfragen unter Z. 120 an die Exped. ds. Blattes.

Die Dampffärberei und Chem. Waschanstalt

Carl Steurer, Freudenstadt hat bei den Herren

A. Waidelich Schneidermtr. Wildbad
C. Stieringer „Neuenbürg

Annahmestellen

eröffnet und empfiehlt sich im

Färben u. chem. Reinigen

sämtlicher

Herren- u. Damen-Garderoben, Teppichen, Gardinen, Stores usw.

bei schnellster Rücklieferung und billigster Berechnung.

Spezialität:

Militärsachen

(getrennt und ungetrennt) werden in allen Farben gefärbt.

Kaufen

sämtliche leere Medizin-Gläser und Eau de Cologne-Flaschen.

Med.-Drogerie Gebr. Schmid.

Wir suchen zum 15. April ein

möbliertes Zimmer

wenn möglich mit Pension. Desgleichen ein möbliertes Zimmer zum 1. Mai, ebenfalls wenn angängig mit Verpflegung.

Gefl. Mitteilung erbeten an Drogerie Gebr. Schmit.

